

Monopolkommission gegen Infrastrukturabgabe

Noch hat die Bundesregierung sich nicht offiziell dazu geäußert, wie sie zu einer potenziellen Beteiligung großer Inhaltenanbieter an den Kosten für den Infrastrukturausbau in der EU steht. In einem Papier spricht sich die Monopolkommission nun gegen das Vorhaben aus, was Aktivist:innen freuen dürfte.



von Lisa Oder

veröffentlicht am 04.05.2023

Noch knapp zwei Wochen läuft die **öffentliche Konsultation** der EU-Kommission zu der Frage, ob sich **große Inhaltenanbieter** wie Google, Netflix und Amazon an den **Kosten für die digitale Infrastruktur** beteiligen sollten. Im Februar hatte die Kommission dazu aufgerufen, ihren 69-seitigen Fragebogen auszufüllen und Stellung zu beziehen (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/eu-startet-konsultation-zu-netzgebuehren-fuer-big-tech>)).

Obwohl die Konsultation noch nicht beendet ist befürchten manche, es könne zu „irreführenden Schlussfolgerungen“ kommen. So heißt es in einem **offenen Brief**, den fast 50 Verbände und Unternehmen am Mittwoch veröffentlichten. In dem *Papier* (https://epicenter.works/sites/default/files/statement_against_nf_020523_-_final_o_o.pdf) ziehen **Verbraucherschützer:innen** und **Netzaktivist:innen** an einem Strang mit **einigen kleineren Telekommunikationsanbietern**. Unterzeichnet haben den Brief etwa der europäische Verbraucherverband (BEUC), Epicenter Works, Wikimedia Europe und verschiedene Unternehmen sowie Branchenverbände wie der MVNO Europe. Zusammen rufen sie die Entscheidungsträger und Mitgliedstaaten der EU dazu auf, sich gegen den Vorschlag auszusprechen, große Technologieplattformen an den Kosten des Netzausbaus zu beteiligen.

Unterstützung bekommt das Bündnis auch aus dem **EU-Parlament**. Zeitgleich äußerten sechs Abgeordnete in einem *gemeinsamen Statement* (https://epicenter.works/sites/default/files/meps_support_statement_nf.pdf) ihre Bedenken hinsichtlich einer Infrastrukturabgabe. Sie befürchten, dass sich eine Abgabe negativ auf **Netzneutralität**, Wettbewerb und insbesondere das Wohl der Verbraucher:innen auswirken. Einer der unterzeichnenden Abgeordneten ist **Tiemo Wölken**. Der rechtspolitische Sprecher der SPD auf EU-Ebene hatte bereits im Vorfeld kritisiert, die Kommission fröne lieber Realitätsverzerrung als evidenzbasierte Politik zu machen (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/eu-startet-konsultation-zu-netzgebuehren-fuer-big-tech>)).

Immer wieder Kritik am Vorgehen der EU-Kommission

Seit Binnenmarktkommissar **Thierry Breton** den Vorschlag vor rund einem Jahr aufs Tablett brachte, wird immer wieder Kritik an dem Vorgehen der Kommission laut. So hatte sich etwa das **Digitalministerium** (BMDV) ergebnisoffenere und neutralere Fragen gewünscht, wie der Abteilungsleiter Digital- und Datenpolitik **Benjamin Brake** auf *Twitter* (<https://twitter.com/Datenbrake/status/1629407089012404225>) geschrieben hatte.

Ähnlich sehen das die unterzeichnenden Organisationen und Unternehmen. Ihnen zufolge seien insbesondere Zivilgesellschaft, Verbraucher:innen und die Wissenschaft benachteiligt. So kritisiert *Epicenter Works* (<https://epicenter.works/content/netzneutralitaet-zivilgesellschaft-kontert-beeinflusste-eu-kommission>) etwa, es sei quasi **unmöglich** die Fragen der Kommission zu verstehen oder zu beantworten, wenn man nicht mindestens in der Chefetage eines Großkonzerns sitze. Zudem seien die Fragen schlicht **die völlig falschen**. Die Organisation meint damit Fragen, die sich inklusiv an alle Bürger:innen der Union wenden – etwa dazu, wie viel

Geld im Monat Bürger:innen für Telekommunikationsdienstleistungen ausgeben oder ob der Anbieter die versprochene Datengeschwindigkeit einhält.

Aus Sicht der Unterzeichnenden dürften insbesondere die **Verbraucher:innen** unter der Infrastrukturabgabe leiden. Denn die Inhalteanbieter könnten als Folge ihre **Gebühren erhöhen** oder ihr **Angebot verringern**, so die Befürchtung. Nutzer:innen zahlen aber ohnehin schon für ihren Breitbandzugang und müssten im Falle der Infrastrukturabgabe für die gleiche oder geringere Qualität eines Dienstes „wahrscheinlich das Doppelte – wenn nicht sogar mehr – bezahlen“. Woher genau diese Zahl kommt, bleibt in dem Schreiben ungeklärt. Einzig große Telekommunikationsanbieter würden von einer potenziellen Netzgebühr profitieren.

Zunächst gebe es keinerlei Beweise, dass im Telekommunikationssektor ein echtes Problem oder **Marktversagen** überhaupt bestehe. Zusätzlich sehen die Organisationen die Gefahr, dass sich die Wettbewerbsposition kleinerer alternativer Telekommunikationsanbieter sowie Mobile Virtual Network Operators (MVNO) verschlechtern dürfte. Mit den Gebühren dürfte es bei den großen TK-Unternehmen nämlich zu **Überrenditen** kommen, heißt es in dem Brief.

Monopolkommission lehnt Big-Tech-Beteiligung ab

Das sieht auch die deutsche **Monopolkommission** so. In einem *Policy Brief* (https://www.monopolkommission.de/images/Policy_Brief/MK_Policy_Brief_12.pdf) hatte sich das Beratungsgremium der Bundesregierung ebenfalls am Mittwoch klar geäußert. „Ein Beitrag von datenverkehrsintensiven Over-The-Top-(OTT)-Anbietern an den Netzausbaukosten ist abzulehnen“, lautet die Überschrift. Demnach beobachten die Wettbewerbsexpert:innen, dass die Netzbetreiber gegenüber den großen Inhalteanbietern zunehmend **an Verhandlungsmacht verlieren**.

Bisher finden Netzbetreiber und Tech-Konzerne über sogenannte **Transit-Verbindungen oder Peering-Vereinbarungen** zusammen. Dabei geht es darum, welche Summen Netflix, Amazon und Co. an die Netzbetreiber dafür zahlen, dass sie Daten über deren Netze verschicken dürfen. Da die Tech-Konzerne zunehmend selbst in eigene Infrastrukturen investieren würden, nehme der Datenverkehr laut Monopolkommission in den Netzteilen der Telekommunikationsanbieter ab – folglich habe sich die Verhandlungsposition der Netzbetreiber verschlechtert.

Problematisch sei das aber nur, wenn die Inhalteanbieter diese neue Macht auch ausnutzen, was sie laut den Wettbewerbsexpert:innen aber nicht tun. Wäre dem so, müsste es gehäuft zu **Streitfällen zwischen den Tech-Unternehmen und Netzbetreibern** vor Gericht kommen. Das sei jedoch derzeit nicht zu beobachten. Deshalb bestehe derzeit **kein Bedarf, regulatorisch tätig zu werden**. Sollte sich die Lage künftig ändern, könnten die Netzbetreiber zudem auf Grundlage bereits bestehender Gesetze wie dem Telekommunikations- und dem Wettbewerbsrecht vorgehen.

Problematisch sieht die Monopolkommission außerdem den *Vorschlag* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/infrastrukturabgabe-wie-koennte-eine-regulierung-aussehen>), dass große Inhalteanbieter ab einem gewissen **Schwellenwert an Daten** verpflichtend mit den Telekommunikationsunternehmen über einen Beitrag zu den Ausbaukosten verhandeln sollen. Denn individuelle Zahlungsvereinbarungen könnten den Wettbewerb verzerren, schreibt sie in dem Papier. Die Argumentation klingt ähnlich wie jene der unterzeichnenden Parteien des offenen Briefes: Dienste und Inhalte könnten als Folge teurer werden, was Endkund:innen doppelt belasten dürfte - schließlich zahlen diese bereits für ihren Internetzugang.

Zusätzlich dürften insbesondere die großen Tech-Unternehmen ihre **Mehrkosten weitergeben**, während kleineren Inhalteanbietern das oftmals nicht möglich sein dürfte. Umgekehrt bestehe ebenfalls die Gefahr, dass große Netzbetreiber eine bessere Verhandlungsposition innehaben und deshalb **höhere Entgelte verlangen** könnten.

Keine seriösen Zahlen in Reports gegen Abgabe?

Auch ein *Report* (https://strandconsult.dk/fact-check-on-analysis-masons-claims-on-big-tech-investments-and-arguments-against-broadband-cost-recovery/?utm_campaign=2.%20maj%202023%20-%20Presse%20-%20New%20free%20report%20Fact%20Check%20on%20Analysis%20Masons%20Claims%20on%20Big%20Tech%20

der Telekommunikationsberatung **John Strand** beschäftigt sich mit dem Thema Infrastrukturabgabe. Damit antwortet die Beratung auf eine *Veröffentlichung* (<https://www.analysismason.com/consulting-redirect/reports/internet-content-application-providers-infrastructure-investment-2022/>) von des Analysehauses **Analysys Mason** aus dem Oktober mit dem Titel „Der Einfluss von Netzwerk-Investitionen von Tech-Unternehmen auf die Wirtschaftlichkeit von Netzanbietern“. In dem heißt es, dass eine obligatorisch Kostenbeteiligung der Inhaltenanbieter an den Kosten für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa **schädlich für das Ökosystem Internet** und die **Verbraucher:innen** wäre.

Analysys Mason habe eine Serie an Reports veröffentlicht, die von **US-Tech-Unternehmen** wie Google, Facebook und Verbänden, die diese Unternehmen vertreten, in Auftrag gegeben wurden. Dabei sei der besagte Report **weder schlüssig noch überzeugend**, heißt es von John Strand. Allein schon die Kategorie „Netzwerk-Investment“ sei fragwürdig, da diese von Analysis Mason für den Report geschaffen worden sei, die Berechnungen kommen von der Beratung selber und beruhten auf Schätzungen.

Auch die Behauptung, dass Internetanbieter Kosten in Höhe von **5 bis 6,4 Milliarden Dollar** sparen würden, weil die Inhaltenanbieter in eigene Infrastruktur investieren würden, sei nicht durch unabhängige Zahlen gedeckt. Selbiges gilt für die Schlussfolgerung, zu der der Analysys Mason Report kommt – dass eine Netzabgabe Verbraucher:innen und dem Internet-Ökosystem schade, habe **keine Grundlage**. Dies sei eine Theorie **ohne wissenschaftliche Referenzen**, ohne empirische Beweise. Ähnliches gilt auch für Studien und Reports, die sich mit dem Netzabgabe-Modell in **Südkorea** beschäftigen (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/netzgebuehr-in-suedkorea-erfolgreich-oder-gescheitert>)).

Währenddessen lässt eine **offizielle Positionierung der Bundesregierung** auf sich warten – auch wenn der Standpunkt mittlerweile recht klar sein sollte (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/infrastrukturabgabe-wie-koennte-eine-regulierung-aussehen>)). Bisläng haben sich einige Länder wie Spanien und Frankreich pro Abgabe ausgesprochen. Dagegen positioniert hatten sich schon vor einigen Wochen die Niederlande. Auch **Dänemark** hat sich nun am Mittwoch offiziell gegen eine Abgabe gestellt. *mit Katharina Schneider*